

Lügen, verdammt Lügen ..und Umfragen! Das Umweltbundesamt stellt eine neue Umfrage zum Umweltbewußtsein vor.

geschrieben von Heinzel, Limburg | 18. Dezember 2010

Das Umweltbundesamt hat die Studie "Umweltbewusstsein in Deutschland 2010" vorgestellt. Aus der Studie geht unter anderem hervor, dass der sogenannte ökologische Fußabdruck bei Wählern der Grünen besonders groß ist, aber das dürfte ein alter Hut sein. Wirklich interessant an der Studie ist die Grundauszählung am Schluss, denn hier kann man sehen, welche Fragen tatsächlich gestellt wurden. So fühlen sich zum Beispiel mehr Menschen in ihrer Gesundheit durch die Abstrahlung von Handys und Mobilfunkturmastern belastet als durch Schimmel in Gebäuden (Frage 11). Ziemlich erstaunlich, denn auch wenn schädliche Wirkungen elektromagnetischer Felder nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden können, konnte bisher dennoch kein Nachweis für die Schädlichkeit von Handystrahlung erbracht werden. Schimmelpilze hingegen sind nachweisbar gesundheitsschädlich, können Allergien auslösen, die Atemwege befallen und in manchen Fällen sogar tödlich verlaufende Krankheiten verursachen. Offenbar ist die Riskowahrnehmung der Befragten in vielen Fällen drastisch verzerrt.

Das sollte auch in Hinblick auf Frage 16 beachtet werden: Hier haben satte 87 % der Befragten eine bessere Wärmedämmung von Häusern als „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ für den Klimaschutz eingestuft. Zweifellos spielt die Dämmung in der Tat eine große Rolle für den Energieverbrauch der Republik. Nur: Die im Energiekonzept der Bundesregierung bereits vorgesehene Umwandlung aller Altbauten in Null-Emissions-Gebäude würde Dämmmaßnahmen nach sich ziehen, die die Schimmelanfälligkeit dieser Gebäude massiv erhöhen würden, einer Gefahr, der sich viele Bürger anscheinend gar nicht bewusst sind. Insbesondere Eigentümer mit begrenzten finanziellen Mitteln müssten sich hier Sorgen machen, denn billige Dämmmethoden sind meist schimmelanfälliger.

Auch Frage 14 ist aufschlussreich. So geben bei der Aussage „*Um mit dem Klimawandel und anderen Umweltproblemen klar zu kommen, brauchen wir vor allem ein hohes Wirtschaftswachstum. Denn die dafür notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld*“ immerhin 27 % an, dass sie dieser Aussage voll und ganz zustimmen. Weitere 47 % stimmen ihr eher zu. Bei der Aussage „*Die Politik müsste viel stärkeren Druck auf die Wirtschaft ausüben, um eine klimaverträgliche Produktionsweise zu erreichen, auch wenn dadurch die Wirtschaft in einzelnen Bereichen belastet wird*“ sind es aber noch mehr: Hier stimmen 37 % „voll und ganz“ und 45 % eher zu. Obwohl auf eine mögliche Belastung der Wirtschaft hingewiesen wird,

erscheint diese Art der Fragestellung ziemlich allgemein.

Man kann sich vorstellen, dass die Antworten anders ausgefallen wären, hätte die Frage gelautet: **„Die Politik müsste viel stärkeren Druck auf die Wirtschaft ausüben, um eine klimaverträgliche Produktionsweise zu erreichen, auch wenn ich dadurch meinen Arbeitsplatz verliere“.**

Einen Begriff wie „die Wirtschaft“ zu verwenden, ist ebenfalls problematisch. Die Wirtschaft, das ist auch der Dachdecker um die Ecke, auch der örtliche Supermarkt und das Umzugsunternehmen, nicht nur der Vorstand von Siemens. Wären alle, die sich für mehr Eingriffe aussprechen bereit, auf Mobilität, Südfrüchte, Baumwolle und günstige Mieten zu verzichten? Und würde das der Umwelt wirklich helfen? Gerne wird vergessen, wie sehr sich der Zustand von Boden, Wasser und Luft in den letzten Jahrzehnten verbessert hat. Zum Teil ist durch Gesetze und Regeln auf diese Verbesserungen hingewirkt worden. Vor allem aber haben Wohlstands- und Wirtschaftswachstum die hierfür notwendigen Maßnahmen ermöglicht.

Gastautor Florian Heinzel Ökowatch, Den Beitrag finden Sie hier

Studie beim Umweltbundesamt herunterladen

oder hier die dazugehörige Presseinformation